



Suchergebnisse: Bonn

25. November 1314 – Die Herzöge Ludwig IV. und Friedrich werden zu Königen gekrönt

Bonn - Aachen * Herzog Friedrich der Schöne, in dessen Besitz sich die Reichskleinodien befinden, wird vom richtigen Coronator, dem Erzbischof von Köln, am falschen Ort - in Bonn - zum König gekrönt. Herzog Ludwig der Baier wird am richtigen Ort, der Pfalzkapelle in Aachen, vom falschen Coronator, den Mainzer Erzbischof, zum König gekrönt. Ein Thronkampf ist damit unvermeidlich geworden.

2. Februar 1582 – Der Kölner Kurfürst Gebhard von Waldburg-Trauchenburg heiratet

Bonn * Der Kölner Kurfürst Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg heiratet Agnes von Mansfeld in Bonn. Außerdem will er das Kölner Kurerzstift säkularisieren und den Protestantismus einführen. Der Papst fordert Waldburg-Trauchenburg auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen, denn sein Erfolg hätte die Balance zwischen den Konfessionen zu Lasten des Katholizismus stark verändert. Ganz Nordwestdeutschland droht protestantisch zu werden. Auch die katholische Mehrheit für die Kaiserwahl wackelt plötzlich gewaltig.

4. November 1582 – Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg erobert Bonn

Bonn * Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg fällt in Bonn ein, erobert die Stadt sowie benachbarte Orte.

19. Dezember 1582 – Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg tritt zum Luthertum über

Bonn * Gebhard Truchsess von Waldburg-Trauchenburg sagt sich öffentlich von der katholischen Kirche los, um zum Luthertum überzutreten.

8. Oktober 1651 – Kurfürst Maximilian Heinrich wird in Bonn zum Priester geweiht

Bonn * Der päpstliche Nuntius erteilte dem Kölner Kurfürsten an seinem 30. Geburtstag die bischöfliche Weihe. Damit ist Maximilian Heinrich nach mehr als einhundert Jahren der erste zum



Bischof geweihte Erzbischof von Köln.

13. Oktober 1689 – Bonn wird von den Franzosen befreit

Bonn * Die deutschen Truppen unter Kurfürst Max Emanuel ziehen im französisch besetzten Bonn ein.

5. November 1689 – Der siegreiche Kurfürst Max Emanuel wieder in München

München * Kurfürst Max Emanuel trifft nach seinem siebten Feldzug - gegen die Franzosen am Rhein, in Mainz und Bonn - wieder in München ein.

1697 – Kurfürst Joseph Clemens kann nach 9 Jahren endlich in Köln einziehen

Versailles - Köln * Nach dem Frieden von Rijswijk versucht Ludwig XIV. die nicht im Kriegsverlauf für Frankreich eroberten Gebiete durch Subsidienzahlungen an sich zu binden. Auch Kurköln und Kurfürst Joseph Clemens erhalten Gelder, die den Wiederaufbau der zerstörten Residenzen ermöglichen sollen. Außerdem kann Kölns Kurfürst Joseph Clemens nach neun Jahren endlich in Köln einziehen und in Bonn seine Residenz nehmen.

15. März 1703 – Bonn muss sich den Truppen von John Churchill ergeben

Bonn * Die kurkölnische Haupt- und Residenzstadt Bonn muss sich den Truppen von John Churchill, dem Herzog von Marlborough ergeben.

August 1845 – Lolas gewagte Aktionen steigern ihre Bekanntheit

Bonn * Von Paris kommend trifft Lola Montez in Bonn auf Franz Liszt, der dort in Gegenwart königlicher Hoheiten eine Beethoven-Statue enthüllt. In Anwesenheit französischer und deutscher Würdenträger stürmt Lola in den Festsaal, springt auf einen Tisch und „tanzte zwischen den Schüsseln“. Zu einem weiteren Skandal kommt es in Baden-Baden, als Lola Montez im Spielsalon für einen neben ihr sitzenden Herrn ihr Kleid bis zum Oberschenkel hochzieht, um ihm den im Strumpfband steckenden Dolch zu zeigen. Doch solche höchst gewagten Aktionen



tragen nur zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der jungen Frau bei.

7. März 1882 – Die Brillenschlange im „Münchner Aquarium“ ist tot

München-Hackenviertel * Das im „Münchener Aquarium“ entwichene Gift-Reptil wird in dem Raum, in dem sich auch sein Terrarium befindet, tot aufgefunden. Professor Dr. Max von Pettenkofer bestätigt, dass die Schlange bis zur Ausräucherung mit Schwefeldämpfen noch am Leben war. Die Aufregung über das Malheur und die vorübergehende Schließung des Panoptikum-Gebäudes bedeuten für das Unternehmen einen schweren Vertrauensverlust, weshalb das Publikum mit Zurückhaltung reagiert. J. B. Gassner ermäßigt daraufhin den für Erwachsene bei einer Mark, für Kinder und Militär bei 50 Pfennig und Abonnenten bei 30 Pfennig liegenden Eintritt, und inseriert in den Zeitungen, dass die wiedergefundene tote Brillenschlange als die „teuerste Schlange der Welt“ ausgestellt wird. Es hilft alles nichts.

1. März 1883 – Die Münchner „Telephonabonnenten“ können probeweise telefonieren

München * Die Münchner „Telephonabonnenten“ können erstmals probeweise - mit 118 Anschlüssen - telefonieren.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprechdienst

München * Für Frauen im Fernsprechdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen,



Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telephonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschicht dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

1909 – Das erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas in Schwabing

München-Schwabing * Das in Schwabing befindliche erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas macht eine Vielzahl von Vermittlungskräften überflüssig. Die Eröffnung des Selbstwahlamtes führt zu Protesten. In einem Gutachten äußert ein Münchner Arzt, „dass durch das Wählen die Fernsprechteilnehmer eine Schädigung ihres Nervensystems erfahren würden“. Die Aufregung legt sich erst, nachdem die Telefonabonnenten die Vorteile des Selbstwählens erkannt haben.



5. August 1914 – Französische und englische Fremdwörter sind verpönt

München * Französische und englische Fremdwörter sind plötzlich verpönt. „Wir brauchen keine Menus, keine Dinners, kein Dejeuner, keinen Five o'clock tea u.s.f. Wir können ohne sie leben; uns genügt ein schlichter Speisezettel, ein Mittagessen, Frühstück, Fünfuhr- oder Abendtee.“

Der Begriff Restaurant wird durch Speisehaus ersetzt, statt im Delikatessengeschäft kauft man jetzt im Feinkostladen ein. Kinos heißen nun Lichtspielhaus und aus dem Abonnement in der Oper wird die Platzmiete. Über Nacht wird aus dem Hotel Englischer Hof in der Dienerstraße das Hotel Posch und aus dem Hotel Bellevue am Stachus das Hotel Königshof.

24. Januar 1919 – Kundgebung für einen gerechten Frieden

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater treffen sich Angehörige und Anhänger aller Parteien zu einer machtvollen Kundgebung. Es geht um den Völkerbund und einen gerechten Frieden. Es sprechen der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter [SPD], Joseph Graf von Pestalozza [BVP], Professor Dr. Moritz Julius Bonn, die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann und Professor Dr. Lujo Brentano.

22. Februar 1919 – Ein Nachrichtenblatt des Zentralrats erscheint

München * Der Zentralrat verbietet die gesamte Presse mit Ausnahme des USPD-Organs Neue Zeitung. Am 22. Februar erscheint neben der Neuen Zeitung, dem Bauernbund-Blatt Neue freie Volks-Zeitung nur das Nachrichtenblatt des Zentralrats. Es wird in den vom Militär besetzten Räumen der Münchner Neuesten Nachrichten gefertigt und den Abonnenten der Münchner Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung, der München-Augsburger Abendzeitung und des Bayerischen Kuriers zugestellt. Die Redakteure, Setzer und Drucker der Münchener Post lehnen es ab, die Zeitung unter Vorzensur erscheinen zu lassen. Das Nachrichtenblatt des Zentralrats wird die erste und einzige Ausgabe bleiben.

1. Juni 1923 – Gastspielreise von Karl Valentin und Liesl Karlstadt nach Zürich

Zürich * Gastspielreise von Karl Valentin und Liesl Karlstadt nach Zürich, wo sie bis 15. Juni in der Bonbonniere auftreten.

1. Januar 1925 – Das Valentin-Bühnenstück „Der Bittsteller“ hat Premiere



München-Gruggebau * Premiere des Valentin-Karlstadt-Bühnenstücks „Der Bittsteller“ in der „Bonbonnière“ in der Neuturmstraße 5. Das Stück wird 139 Mal aufgeführt.

Dezember 1940 – Liesl Karlstadt spielt in der Revue „Münchner G'schicht'n“

München-Gruggebau * Liesl Karlstadt spielt - äußerst erfolgreich - in der Revue „Münchner G'schicht'n“ in Adolf Gondrells „Bonbonniere“.

23. Februar 1946 – Adenauer: „Die Bischöfe hätten viel verhindern können“

Bonn * Konrad Adenauer, ein entschiedener Katholik und späterer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, schreibt an Pastor Bernhard Custodis in Bonn über die Bischöfe im Dritten Reich die nachfolgenden Zeilen: „Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das keine Schande, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man besser.“

29. März 1948 – Die Bayernpartei - BP erhält ihre Lizenz

München * Mit der Lizenzierung der Bayernpartei - BP am 29. März 1948 erwächst der CSU in Bayern eine nicht ganz ungefährliche Konkurrenz. Unter der Führung von Joseph Baumgartner, der von 1945 bis 1947 der CSU angehört hatte, kämpft die Bayernpartei für einen selbstständigen bayerischen Staat, bekämpft den Bonner Zentralismus und lehnt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab.

1. September 1948 – Der Parlamentarische Rat nimmt seine Arbeit auf

Bonn * Der Parlamentarische Rat beginnt im Museum Alexander Koenig in Bonn mit der Formulierung des Grundgesetzes. Den elf westdeutschen Ministerpräsidenten war am 1. Juli 1948 von den drei Militärgouverneuren der westlichen Siegermächte der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.



8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes

Bonn * Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

23. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, dass das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Das Grundgesetz wird - nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer - in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet. Es tritt mit Ablauf des Tages in Kraft.

24. Mai 1949 – Das Grundgesetz schafft in der BRD die Todesstrafe ab

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Todesstrafe wird durch das Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 102 abgeschafft. Zwischen 1946 bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes werden 125 Todesurteile gefällt und davon 24 vollstreckt.

24. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Seit 0:00 Uhr ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig.

14. August 1949 – Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem Bundeskanzler-Kandidaten Konrad Adenauer 31,0 Prozent und 139 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Kurt Schumacher erringt 29,2 Prozent der Stimmen und 131 Sitze. Die FDP bekommt 11,9 Prozent und 52 Sitze. Die DKP kommt auf 5,7 Prozent und 15 Sitze. Insgesamt sind zehn Parteien im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.



1951 – Das Gesetz über Wohnungseigentum ermöglicht Eigentumswohnungen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das Gesetz über das Wohnungseigentum ermöglicht den Wunsch nach einer „dinglichen Sicherung von Wohnräumen für den Wohnungsinhaber“. Damit besteht erneut die Möglichkeit der Teilung von Gebäuden in Bruchteilseigentum.

1953 – Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Verheiratete Frauen dürfen ein Bankkonto eröffnen.

6. September 1953 – Ergebnis der Bundestagswahl 1953

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,2 Prozent [+ 14,2] und 249 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 29,8 Prozent der Stimmen [- 0,4] und 162 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 2,4] und 53 Sitze. Die DKP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE zieht mit 5,9 Prozent und 27 Sitzen in den Deutschen Bundestag ein. Unter den 487 Abgeordneten befinden sich 129 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

1954 – Dr. Hermann Schüleln erhält das Große Verdienstkreuz

Bonn * Dr. Hermann Schüleln wird mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Ehrung würdigt seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur internationalen Reputation der deutschen Brauwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

14. Oktober 1954 – Das Kindergeld ab dem 3. Kind wird eingeführt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld wird in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Es beträgt 25.- DM pro Monat und wird ab dem dritten Kind bezahlt.

28. November 1956 – Das Gesetz über den Ladenschluss verabschiedet



Bonn * Der Bundestag verabschiedet das Gesetz über den Ladenschluss. Demnach dürfen Geschäfte nur noch montags bis freitags von 7.00 bis 18.30 Uhr und samstags bis 14.00 Uhr geöffnet sein. Die Gesamtstundenzahl der Ladenöffnungszeiten pro Woche liegt bei 63,5 Stunden.

1957 – Die höhere Besteuerung von berufstätigen Frauen wird abgeschafft

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Steuervorschrift, wonach berufstätige Ehefrauen höher besteuert - und damit „ins Haus zurückgeführt“ werden, wird aufgehoben.

3. Mai 1957 – Mann und Frau sind in der BRD gleichberechtigt

Bonn * Der Deutsche Bundestag beschließt das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

17. Juni 1957 – Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ein Bundesgesetz erweitert die Ladensöffnungszeiten am ersten Samstag im Monat bis 18.00 Uhr.

15. September 1957 – Ergebnis der Bundestagswahl 1957

Bundesrepublik Deutschland -Bonn * Bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 50,2 Prozent [+ 5,0] und 277 Sitze. Die CSU kommt in Bayern auf 57,2 Prozent. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Erich Ollenhauer erringt 31,8 Prozent der Stimmen [+ 3,0] und 181 Sitze. Die FDP bekommt 7,7 Prozent [- 1,8] und 43 Sitze. Die DKP tritt nicht zur Wahl an. Sie wurde im Vorjahr verboten. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er kann mit der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit regieren.

1958 – Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst bestimmen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen dürfen ihren Wohnort erstmals selbst



bestimmen. Bis dahin hat der Ehemann dieses Vorrecht.

1959 – Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters wird aufgehoben

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Das „Letztentscheidungsrecht“ des Vaters über die Kindererziehung wird aufgehoben.

9. August 1960 – Das Jugendarbeitsschutzgesetz verbietet die Kinderarbeit

Bonn * Kinderarbeit wird in der Bundesrepublik Deutschland durch das „Jugendarbeitsschutzgesetz“ generell verboten, indem es das Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher auf 14 Jahre festlegt. Akkord- und Fließbandarbeit werden strikt untersagt.

22. Juni 1961 – Tony Sheridan and The Beatles

Hamburg * Gemeinsam mit Tony Sheridan nehmen die Beatles „The Saints (When The Saints Go Marching in)“, produziert von Bert Kaempfert, auf Single auf. Die B-Seite der Single heißt „My Bonnie (Lies Over The Ocean)“ und handelt von Bonnie Prince Charles, der anno 1745 in Schottland landet und von dort einen Aufstand gegen die britische Krone beginnt.

18. September 1961 – Ergebnis der Bundestagswahl 1961

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer 45,3 Prozent [- 4,9] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 36,2 Prozent der Stimmen [+ 4,4] und 203 Sitze. Die FDP bekommt 12,8 Prozent [+ 5,1] und 67 Sitze. Konrad Adenauer [CDU] wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1961 – „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland * Die Single „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Deutschland unter dem Interpretennamen Tony & Sheridan & The Beat Brothers.



31. Oktober 1961 – Anwerbeabkommen mit der Türkei

Bundesrepublik Deutschland-Bonn - Ankara * Zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland wird das „Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen.

1962 – Goldene Schallplatte für „My Bonnie“

Großbritannien * Tony Sheridan erhält eine Goldene Schallplatte für „My Bonnie (lies over the ocean)“.

5. Januar 1962 – „The Saints/My Bonnie“ erscheint in Großbritannien

Großbritannien * Die Single „The Saints / My Bonnie“ erscheint nun auch in Großbritannien. Jetzt bereits unter dem Interpretennamen Tony & Sheridan & The Beatles.

April 1962 – EP mit Tony Sheridan & The Beatles

Großbritannien * In England erscheint eine EP mit Tony Sheridan & The Beatles mit den Titeln „My Bonnie“, „Why“, „Cry For A Shadow“ und „The Saints (When The Saints Go Marching In)“.

26. Oktober 1962 – Eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Magazin „Der Spiegel“

Bonn * Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß veranlasst eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es ist zu erwarten, dass sich diese Aktion negativ auf das Wahlergebnis in Bayern auswirken würde. Doch genau das Gegenteil ist der Fall.

30. November 1962 – Franz Josef Strauß muss zurücktreten

Bonn * Franz Joseph Strauß muss aufgrund der „Spiegel-Affäre“ sein Amt als Bundesverteidigungsminister niederlegen.



15. Oktober 1963 – Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Konrad Adenauer [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

16. Oktober 1963 – Ludwig Erhard wird neuer Bundeskanzler

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ludwig Erhard [CDU] wird zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

1965 – Ein Anwerbeabkommen mit Tunesien abgeschlossen

Tunis - Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Zwischen Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland wird ein Abkommen zur Anwerbung tunesischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt abgeschlossen.

10. März 1965 – Jugendgefährdend: „Die Memoiren der Fanny Hill“

Bonn * Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften setzt „Die Memoiren der Fanny Hill“ auf den Index.

9. September 1965 – Das Gesetz über das Urheberrecht wird erlassen

Bonn * Das Gesetz über das Urheberrecht und Verwandte Schutzrechte wird erlassen. Es löst das Urheberrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus ab, das dem Urheber nur mehr als „Treuhänder des Werks für die Volksgemeinschaft“ betrachtet hatte.

19. September 1965 – Ergebnis der Bundestagswahl 1965

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Ludwig Erhard 47,6 Prozent [+ 2,3] und 251 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 39,3 Prozent der Stimmen [+ 3,1] und 217 Sitze. Die FDP bekommt 9,5 Prozent [- 3,3] und 50 Sitze. Ludwig Erhard [CDU]



wird Bundeskanzler einer Koalition aus CDU/CSU und FDP.

27. Oktober 1966 – Ludwig Erhard bildet eine CDU/CSU-Minderheitsregierung

Bonn * Die FDP zieht nach einer Auseinandersetzung über den Bundeshaushalt ihre vier Minister aus der Regierung Erhard zurück. Bundeskanzler Ludwig Erhard [CDU] bildet daraufhin eine Minderheitsregierung aus CDU und CSU.

10. November 1966 – Kurt Georg Kiesinger wird Kanzlerkandidat der CDU

Bonn * Kurt Georg Kiesinger [CDU] setzt sich im dritten Wahlgang gegen seine Konkurrenten - Bundesaußenminister Gerhard Schröder [CDU] und den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel - als Kanzlerkandidat der CDU durch. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat zuvor zugunsten Kiesingers verzichtet.

25. November 1966 – Kiesingers Verhandlungen mit der FDP scheitern

Bonn * Die Verhandlungen Kurt Georg Kiesingers [CDU] mit der FDP zur erneuten Regierungsbildung scheitern.

26. November 1966 – CDU/CSU und SPD vereinbaren eine Große Koalition

Bonn * Zwischen dem Kanzlerkandidaten der CDU, Kurt Georg Kiesinger, und dem oppositionellen Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, wird eine Große Koalition vereinbart.

30. November 1966 – Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler zurück

Bonn * Ludwig Erhard [CDU] tritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück.

1. Dezember 1966 – Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler einer Großen Koalition

Bonn * Kurt Georg Kiesinger wird Bundeskanzler der ersten Großen Koalition auf Bundesebene.



28. September 1969 – Ergebnis der Bundestagswahl 1969

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 46,1 Prozent [- 1,5] und 250 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt erringt 42,7 Prozent der Stimmen [+ 3,4] und 237 Sitze. Die FDP bekommt 6,8 Prozent [- 3,7] und 31 Sitze. Die NPD scheitert mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

31. Juli 1970 – Das aktive Wahlrecht wird von 21 auf 18 Jahre gesenkt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Durch eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird das aktive Wahlrecht für die Bundestagswahl von 21 auf 18 Jahre gesenkt.

29. September 1971 – Die BRD erhält ihr erstes Umweltprogramm

Bonn * Die Bundesrepublik Deutschland erhält ihr erstes Umweltprogramm. Bundeskanzler Willy Brandt spricht von „Existenzfragen der Menschheit“. Damit wird der Grundstein gelegt für nahezu alle großen Umweltgesetze, von der Luftreinhaltung über die Klärung von Abwässern bis hin zum Umgang mit wachsenden Abfallmengen. Das Verursacherprinzip findet Eingang in die deutsche Gesetzgebung, es lässt diejenigen für Umweltschäden haften, die sie verbrochen haben.

Fuß fasst auch das Vorsorgeprinzip, demzufolge der Staat einschreiten muss, ehe Probleme entstehen.

19. November 1972 – Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Willy Brandt 45,8 Prozent [+ 3,1] und 242 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel erringt 44,9 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 234 Sitze. Die FDP bekommt 8,4 Prozent [+ 2,6] und 42 Sitze. Willy Brandt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

1974 – Die deutsche Staatsbürgerschaft jetzt auch für Kinder deutscher Mütter



Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Kinder deutscher Mütter können jetzt auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Bis dahin konnten das nur Kinder deutscher Väter. Erkannte zum Beispiel ein amerikanischer Soldat das Kind mit seiner deutschen Freundin nicht an, war das Kind „staatenlos“.

2. April 1974 – Das Betteln wird deutschlandweit erlaubt

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der Paragraf 361 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches wird gestrichen und damit das Betteln deutschlandweit erlaubt. Bis dahin wird, „wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt“ mit 500 Mark oder einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen verurteilt.

6. Mai 1974 – Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler

Bonn * Willy Brandt erklärt seinen Rücktritt als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Grund ist die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume, der als Referent für Parteiangelegenheiten einer der engsten Mitarbeiter von Willy Brandt gewesen ist. Dies ist auf eine Fahrlässigkeit innerhalb der Bundesregierung zurückzuführen. Denn Guillaume stand bereits seit über einem Jahr im Verdacht, Spionage zu betreiben.

16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD

Bonn * Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen Industriestaaten.

1975 – Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Das Kindergeld gibt's jetzt auch fürs erste Kind. Es beträgt je 194.- DM für das erste und zweite Kind, 200.- DM für das dritte und 225.- DM für jedes weitere Kind.



3. Oktober 1976 – Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erhält die SPD mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt 42,6 Prozent [- 3,2] und 224 Sitze. Die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl erringt 48,6 Prozent der Stimmen [+ 3,7] und 254 Sitze. Die FDP bekommt 7,9 Prozent [-0,5] und 40 Sitze. Die CSU erringt in Bayern 60,0 Prozent der Stimmen und trägt damit 10,6 Prozent zum Gesamtergebnis der Union (48,6 Prozent) bei. CDU und CSU sind mit insgesamt 243 Sitzen die stärkste Fraktion im Bundestag, doch die sozialliberale Koalition aus SPD und FDP kann mit einer Mehrheit von zehn Sitzen weiter regieren. Helmut Schmidt [SPD] wird Bundeskanzler einer Koalition aus SPD und FDP.

31. Oktober 1976 – Der Entsorgungsnachweis wird Pflicht

Bonn * Mit der vierten Novelle des Atomgesetzes werden die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, Vorsorge für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente zu treffen. Sie müssen künftig nachweisen, wie die Brennelemente wiederaufgearbeitet oder anderweitig sicher entsorgt werden sollen.

29. November 1976 – CDU droht mit der Gründung eines Landesverbands in Bayern

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand fordert die CSU-Führung auf, bis zum Tag der konstituierenden Sitzung des 8. Deutschen Bundestages die Fraktionsgemeinschaft wieder herzustellen. Andernfalls wird die CDU in Bayern einen Landesverband gründen.

1. Dezember 1976 – Helmut Kohl wird CDU-Fraktions-Vorsitzender

Bonn * Der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl wird zum Vorsitzenden der künftigen CDU-Bundestagsfraktion gewählt.

9. Dezember 1976 – Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth wird aufgeweicht

Bonn * Franz Josef Strauß bietet nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Landesgruppe der CDU neue Gespräche an. Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth ist zwar nicht aufgehoben, aber „durch neue Vorschläge“ überlagert worden.



12. Dezember 1976 – Politische Parität zwischen CDU und CSU geregelt

Bonn * CDU und CSU vereinbaren, die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU auf der Grundlage neuer Abmachungen fortzusetzen. In umfangreichen schriftlichen Vereinbarungen werden neue Verfahren der Konfliktregelung im Sinne einer politischen Parität beider Parteien festgelegt. Die CSU bahnt mit diesen Vereinbarungen zugleich die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1980 an.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Ehefrauen können erstmals selbst entscheiden, ob sie arbeiten wollen. Bis dahin musste der Ehemann diesem Wunsch zustimmen. Voraussetzung war, dass sie ihre „häuslichen Pflichten“ nicht vernachlässigte.

1977 – Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Pflicht der Ehefrau, „den Haushalt zu führen“, entfällt.

5. Mai 1977 – Ludwig Erhard stirbt in Bonn

Bonn * Ludwig Erhard, der ehemalige Wirtschaftsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie CDU-Vorsitzende, stirbt in Bonn.

28. Mai 1979 – Der CDU-Bundesvorstand kürt Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand benennt den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hatte zuvor auf eine erneute



Kandidatur verzichtet.

2. Juli 1979 – Franz Josef Strauß wird Kanzlerkandidat der Unionsparteien

Bonn * Franz Josef Strauß wird von der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages als erster Kanzlerkandidat der CSU für die Unionsparteien nominiert. Er erhält 135 Stimmen der 237 anwesenden Abgeordneten (57 Prozent). 102 Abgeordnete stimmen für Ernst Albrecht (43 Prozent). Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ist von großer Bedeutung für die Unionsparteien, weil sich die CDU als größere Schwesterpartei der Fraktionsgemeinschaft seit der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer ein gewohnheitsmäßiges erstes Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur gesichert hatte. Die Kanzlerkandidatur eines CSU-Politikers gilt als Ausnahme, da ein Erfolg eines bayerischen Politikers auf Bundesebene als nur wenig wahrscheinlich angesehen wird.

28. September 1979 – Bund und Länder beschließen ein Entsorgungskonzept

Bonn * Bund und Länder verständigen sich mit dem „Beschluss zur Entsorgung der Kernkraftwerke“ auf ein integriertes Entsorgungskonzept. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente bleibt der bevorzugte Weg. Gleichzeitig soll die direkte Endlagerung als Alternative geprüft werden.

30. Januar 1980 – Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation verboten

Bonn * Bundesinnenminister Gerhard Baum verbietet die Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation.

5. November 1980 – Helmut Schmidt wird Kanzler einer SPD/FDP-Koalition

Bonn * Der 9. Deutsche Bundestag wählt Helmut Schmidt [SPD] zum Bundeskanzler. Er führt eine Koalition bestehend aus SPD und FDP.

17. September 1982 – Schmidts Aufforderung für ein Konstruktives Misstrauensvotum



Bonn * Bundeskanzler Helmut Schmidt fordert die Opposition nach dem Kabinettsrückzug der FDP zur Durchführung eines Konstruktiven Misstrauensvotums auf.

1. Oktober 1982 – Helmut Kohl wird Bundeskanzler

Bonn * Helmut Kohl wird durch ein Konstruktives Misstrauensvotum zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er leitet eine Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

17. Dezember 1982 – Auf vorgezogene Neuwahlen verständigt

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Durch eine bewusst verlorene Vertrauensfrage werden Neuwahlen für den Deutschen Bundestag ausgelöst. CDU/CSU und FDP hatten sich schon zuvor auf die Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen verständigt.

6. März 1983 – Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler einer CDU/CSU/FDP-Koalition

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 10. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 48,8 Prozent der Stimmen [+ 4,3] und 255 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel erringt 38,2 Prozent [- 4,7] und 202 Sitze. Die FDP bekommt 7,0 Prozent [- 3,6] und 35 Sitze. Die Grünen kommen mit 5,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,1] und 28 Sitzen erstmals in den Deutschen Bundestag.

Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Januar 1986 – Aufnahme des Umweltschutzes im Grundgesetz scheitert

Bonn * Nach der Katastrophe von Tschernobyl beantragen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE GRÜNEN, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Der Vorstoß scheitert an der Haltung von CDU/CSU. Dadurch wird die notwendige verfassungsändernde Mehrheit nicht erreicht. Die verfassungsrechtliche Verankerung erfolgt schließlich 1994 durch die Einführung des Art. 20a Grundgesetz.

25. Januar 1987 – Ergebnis der Bundestagswahl 1987



Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 11. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 44,3 Prozent [- 4,5] und 234 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau erringt 37,0 Prozent der Stimmen [- 1,2] und 193 Sitze. Die FDP bekommt 9,1 Prozent [+ 2,1] und 48 Sitze. Die Grünen kommen mit 8,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,7] und 44 Sitzen in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

26. Februar 1987 – Horst Seehofer will Aids-Kranke „konzentrieren“

Bonn * Horst Seehofer, aufstrebender CSU-Bundestagsabgeordneter, wird im Stern zitiert, dass er Aidskranke „in speziellen Heimen“ sammeln, sogar „konzentrieren“ will. Später lässt Seehofer übrigens ausrichten, dass man damals in der Aids-Politik noch auf der „Suche nach dem richtigen Weg“ gewesen sei. Der damalige Weg wäre inzwischen „längst überholt“.

16. Dezember 1987 – Erich Riedl will Aids-Kranke „absondern“

Bonn * Der CSU-Politiker Erich Riedl spricht in der Münchner Abendzeitung im Zusammenhang mit Aids-Erkrankten von „absondern“.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8



Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

4. Mai 1998 – Der Kranzgeldparagraph wird gestrichen.

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Der sogenannte Kranzgeldparagraph wird gestrichen. Als Kranzgeld bezeichnet man bis dahin eine finanzielle Entschädigung, die eine Frau von ihrem ehemaligen Verlobten fordern kann, wenn sie auf Grund eines Eheversprechens ihre Jungfräulichkeit verloren hat, und er anschließend das Verlöbnis löst. Gleiches gilt übrigens auch für neuverlobte Witwen.

27. September 1998 – Ergebnis der Bundestagswahl 1998

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 14. Bundestag erhält die CDU/CSU



mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 35,1 Prozent [- 6,3] und 245 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder erringt 40,9 Prozent der Stimmen [+ 4,5] und 298 Sitze. Die FDP bekommt 6,2 Prozent [- 0,7] und 43 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 6,7 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 0,6]. Die PDS erkämpft 5,1 Prozent der Stimmen [+ 0,7] und mit 36 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Gerhard Schröder wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

1. Januar 2001 – Aus VIAG und dem VEBA-Konzern wird die E.ON-Energie AG

München-Maxvorstadt * Die VIAG, ursprünglich Vereinigte Industrieunternehmungen AG, ist ein zuletzt in München ansässiger Holdingkonzern geworden. Bis Mitte der 1990er-Jahre war der aktive Sitz in Bonn und davor in Berlin. Im Jahr 2000 wird die VIAG mit dem ähnlich strukturierten VEBA-Konzern zur E.ON-Energie AG fusioniert.
